

Die Zukunft in die Hand der nächsten Generation legen – für starke Freiwilligendienste

Die Freiwilligendienste sind eine Erfolgsgeschichte. Nach dem Ende des Zivildienstes gab es nicht wenige, die dem Bundesfreiwilligendienst schon vor seinem Start das Totenglöckchen geläutet haben. Andere haben ein Szenario gezeichnet, in dem der Bundesfreiwilligendienst die bestehende Freiwilligendienste „kannibalisiert“. Beide Befürchtungen haben sich als falsch herausgestellt und das Gegenteil ist eingetreten.

Die Freiwilligendienste sind eine Erfolgsgeschichte. Noch nie haben so viele Menschen in Deutschland freiwillig einen Dienst geleistet. Es sind über 100.000 pro Jahr (50.000 FSJ/FÖJ, 35.000 BFD, 10.000 FWD, 5.000 Internationale Freiwilligendienste). Diese Menschen legen sich fest, sie übernehmen Verantwortung, sie leisten etwas und lernen dabei auch. Die Erfahrungen, dass was sie teilen, sind durchweg positiv. Derzeit gibt es mehr Freiwillige als finanzierte Stellen. Es wird eine Hauptaufgabe in der nächsten Legislaturperiode sein, zumindest allen Jugendlichen, die einen Freiwilligendienst leisten wollen, diese Möglichkeit zu eröffnen.

Die Freiwilligendienste sind auch darum eine Erfolgsgeschichte, weil man an den bewährten zivilgesellschaftlichen Strukturen angeknüpft hat. Das war von Anfang an so geplant.

Eine wichtige Säule ist hier die politische Bildung. Ein Streitpunkt ist hier lediglich noch die Nutzung der ehemaligen Zivildienstschulen als Bildungszentren. Immer wieder gibt es die Forderung, diese zu schließen. Das würde nicht automatisch bedeuten, dass eventuell frei werdende Mittel für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Außerdem wird das Angebot der Bildungszentren durchaus nachgefragt. Eine Evaluation und Weiterentwicklung sollte aber stetig erfolgen, um im Zweifel den Bedarfen von Trägern, Zentralstellen und Einrichtungen sowie vor allem der Freiwilligen gerecht zu werden.

Eine Aufgabe für die Zukunft bleibt der Bürokratieabbau. Nachfragen des Bundesrechnungshofes und eine kritische Öffentlichkeit machen aber eine entsprechende Verwaltung zum Mittelnachweis notwendig. Diese Transparenz ist letztlich auch im Sinne der Zivilgesellschaft.

Ein weiterer Aspekt ist der Ausbau einer Anerkennungskultur. Hier sind auch Länder und Kommunen gefragt, wenn es darum geht, Angebote speziell für die Freiwilligen analog bspw. zur Ehrenamtskarte zu entwickeln. Anzustreben sind auch Gespräche mit der Wirtschaft, um auch von dieser Seite permanente Unterstützung zu generieren.

Gegenstand regelmäßiger Debatten ist das Trägerprinzip. Es steht die Forderung im Raum, dieses in den traditionellen Freiwilligendiensten verankerte Prinzip auch auf den BFD auszuweiten, wo es derzeit theoretisch möglich, aber nicht vorgeschrieben ist, dass sich Einsatzstellen einem Träger anschließen. Betroffen wären hier vor allem die Kommunen, in denen es im sozialen Bereich viele Einsatzstellen des Bundesfreiwilligendienstes gibt, die keinen Verband zugeordnet sind. Für uns steht im Vordergrund, die Vielfalt und die Qualität der angebotenen Einsatzstellen zu erhalten

Peter Tauber, CDU-Bundestagsfraktion

und zu erweitern. Unter diesem Gesichtspunkt kann über die Struktur der Träger gerne weiter gesprochen werden.

Die Befreiung von der Umsatzsteuer bleibt ein Thema, auch wenn diese ~~formal~~ derzeit nicht erhoben wird. Darum unterstütze ich die Forderung aus dem BMFSFJ nach einer endgültigen Regelung. Hier muss in der nächsten Legislaturperiode ein erneuter Anlauf für eine Klärung mit dem BMF erfolgen.

Die Freiwilligendienste sind eine Erfolgsgeschichte. Auch bei mir im Wahlkreis. Neben mehr als 100 Männern und Frauen im Bundesfreiwilligendienst gibt es eine große Zahl an jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr. Wir brauchen diese Bereitschaft, sich einzusetzen auch in Zukunft.